

SEEBRÜCKEN IN HESSEN

Darmstadt, Frankfurt am Main, Gießen, Kassel,
Marburg, Seligenstadt, Wetzlar



Marburg, den 16. Juni 2019

Offener Brief an die Hessische Landesregierung

Seit im August 2017 das Schiff „luventa“ der Organisation „Jugend rettet“ beschlagnahmt wurde, werden Schiffe privater Seenotrettungsorganisationen zunehmend unter fadenscheinigen Begründungen beschlagnahmt, die Besatzungsmitglieder mit dem Vorwurf, Beihilfe zur illegalen Einwanderung zu leisten, angeklagt und so an ihrer lebensrettenden Arbeit systematisch gehindert. Dies hatte zur Folge, dass im Sommer und Herbst 2018 wochenlang kein einziges europäisches Rettungsschiff im zentralen Mittelmeer unterwegs war. Wie viele Menschen in dieser Zeit unbemerkt ertrunken sind, lässt sich nur erahnen, da niemand vor Ort war, um ihr Schicksal zu bezeugen. Die Kriminalisierung der privaten Seenotrettungsorganisationen durch europäische Staaten bedeutet, dass diese das Sterben von Hunderten von Menschen billigend in Kauf nehmen.

Als im September 2018 aufgrund der Schiffsblockaden durch europäische Staaten kein einziges Rettungsschiff vor Ort war, hat jeder achte Mensch die Fahrt über das Mittelmeer nicht überlebt¹. Die Gefahr, dass der Versuch das Mittelmeer zu überqueren tödlich endet, ist in diesem Zeitraum weiter angestiegen, eben weil zeitweise keine Schiffe mehr unterwegs waren, um zu retten. Und trotzdem steigen die Menschen weiter in die völlig ungeeigneten Boote, denn sie fliehen nicht NACH Europa, sondern VOR Libyen. In Libyen herrscht Bürgerkrieg. Geflüchtete werden immer wieder Opfer von Schusswechseln der verfeindeten politischen Lager². Die Unterkünfte werden als KZ-ähnlich beschrieben, viele Geflüchtete berichten über Folter, Vergewaltigungen und Hinrichtungen³. Ungeachtet der Berichte unterstützt die EU und hiermit auch die Bundesregierung mit der Finanzierung der libyschen Küstenwache die illegalen Push-Backs nach Libyen, in ein Kriegsgebiet.

¹ <https://www.unhcr.org/news/press/2018/10/5bc6da414/unhcr-iom-appeal-european-leaders-tackle-mediterranean-deaths.html>

² <https://www.unhcr.org/news/press/2019/4/5cb0b5954/unhcr-issues-urgent-appeal-release-evacuation-detained-refugees-caught.html>

³ <https://www.hrw.org/news/2019/05/16/they-tried-reach-europe-and-were-turned-back-now-theyre-trapped-libyas-crossfires>

Eine Gruppe von Menschenrechtsanwälten hat daher im Juni 2019 vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag Klage gegen die EU wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingereicht.

Am vergangenen Mittwoch (12. Juni 2019) rettete die Crew der „Sea-Watch 3“ 53 Menschen aus einem seeuntüchtigen Schlauchboot, ca. 47 Seemeilen vor der Küste Libyens. Gemäß IMO Regulations MSC.167⁴ müssen alle aus Seenot Gerettete so schnell wie möglich in den nächsten SICHEREN Hafen gebracht werden. Erst dann ist eine Rettung abgeschlossen⁵. Ebenso verbietet die Genfer Flüchtlingskonvention in Art. 33⁶ ein Refoulement an einen Platz, an dem das Leben dieser Menschen bedroht ist. Am Samstag (15.06.2019) durften 10 der Geretteten aus gesundheitlichen Gründen auf Lampedusa an Land gehen. Doch den verbleibenden ebenso schutzbedürftigen Menschen auf der „Sea-Watch 3“ wurde ein sicherer Hafen verwehrt. Das neueste Dekret vom italienischen Innenminister Salvini, das diese Woche verabschiedet wurde, stellt sogar die Rettung von Geflüchteten auf dem Mittelmeer für Hilfsorganisationen unter Strafe. Private Schiffe, die gegen die Anweisung verstoßen, nicht in italienische Hoheitsgewässer zu fahren, müssen demnach zwischen 10 000 und 50 000 Euro Strafe zahlen.

Wir, die Seebrücken Hessens, finden diese weiterhin bestehende, menschenverachtende Politik untragbar und fordern, dass Sie sich als Hessische Landesregierung für eine sofortige Aufnahme aller aus Seenot Geretteten sowie aktuell der Geretteten von der „Sea-Watch 3“ in Hessen einsetzen.

Die Aufnahmekapazitäten in unseren Städten sind vorhanden, die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung ebenso. Handeln Sie jetzt! Zeigen Sie jetzt, dass Menschenrechte Ihnen nicht egal sind. Setzen Sie sich dafür ein, dass das massenhafte Sterben auf dem Mittelmeer endlich ein Ende hat.

⁴ <http://www.imo.org/en/OurWork/Facilitation/Documents/MSC.167%20%2878%29.pdf>

⁵ <https://www.unhcr.org/news/press/2019/1/5c361c824/unhcr-welcomes-malta-disembarkation-sea-watch-sea-eye-passengers-calls.html>

⁶ https://www.unhcr.org/dach/wp-content/uploads/sites/27/2017/03/Genfer_Fluechtlingskonvention_und_New_Yorker_Protokoll.pdf

Wir fordern daher von der Hessischen Landesregierung:

- **Die sofortige Aufnahme aller auf dem Mittelmeer geretteten Menschen.**
- **Sich auf Bundesebene für die Wiedereinsetzung einer EU-Seenotrettungsmission, eine Entkriminalisierung der zivilen Seenotrettung und das Ende der Kollaboration mit und Finanzierung von libyschen Milizen einzusetzen.**
- **Die sofortige Beendigung der inhumanen Abschiebep Praxis und das Schaffen von Bleibeperspektiven für Geflüchtete.**
- **Das Schaffen von sicheren und legalen Fluchtwegen, sodass kein Mensch aus Verzweiflung und Leid in ein seeuntüchtiges, überfülltes Boot aufs Mittelmeer steigen muss!**

Die Seebrücken in Hessen

Darmstadt, Frankfurt am Main, Gießen, Kassel, Marburg, Seligenstadt, Wetzlar

Kontakt: mail@seebruecke-hessen.de

*Die Seebrücke ist eine internationale Bewegung, getragen von Akteur*innen der Zivilgesellschaft. Wir solidarisieren uns mit allen Menschen auf der Flucht. In Hessen setzen sich in mehreren Städten und Gemeinden lokale SEEBRÜCKE-Gruppen dafür ein, dass ‚ihre‘ Stadt als SICHERER HAFEN für ein solidarisches, buntes, gerechtes & offenes Miteinander steht und Willkommenskultur lebt.*

